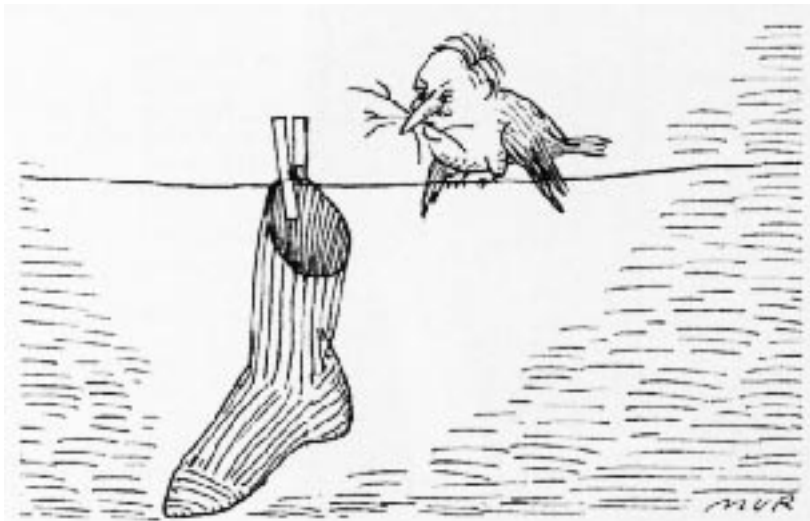




Linke Vögel

Die Zeit

Drei zu zwei für die SPD?

Ein rot-rotes Bündnis stößt in der Bonner Baracke auf Sympathie

Schon einmal träumten Bonner Spitzengenossen – sogar Willy Brandt gehörte dazu – von einem roten Osten mit satten Mehrheiten für die Sozialdemokratie. Doch damals, im Einheitsjahr 1990, räumte Helmut Kohl bei der ersten gesamtdeutschen Wahl gründlich ab. Der Osten wurde – mit Ausnahme vom Stolpe-Land Brandenburg – schwarz. Jetzt aber wittern die Sozis eine Chance zur Wende.

„Mit einiger Verspätung“, spekuliert SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering „nicht ohne Zuversicht“, könne demnächst „in Ostdeutschland der Trend von der Union zugunsten der SPD sogar bundespolitisch umschlagen“.

Den erlösenden Kick nach den desolaten Wahlergebnissen seiner Genossen in den Südstaaten Bayern und Baden-Württemberg verspricht sich der Sauerländer in der Bonner SPD-Baracke von der akuten Krise der Großen Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Wenn Harald Ringstorff in Schwerin CDU-Ministerpräsident Berndt Seite ablöst, steht es drei zu zwei für die Genossen: Von den fünf östlichen Staatskanzleien sind dann nur noch die thüringische und die sächsische in Unionshand.

Jedenfalls müssen die Sozialdemokraten in Schwerin nicht mehr automatisch mit einem Veto der Bonner

Parteispitze rechnen, falls sie sich mit der PDS über die Duldung einer Minderheitsregierung oder gar über eine Koalition einig.

Zwar gibt es auch in der Bonner Baracke noch Bedenken gegen ein Schweriner Bündnis mit der PDS. Aber die sind taktischer Art. Bei den Bürgern, warnte Müntefering in einem Telefonat den Schweriner Ringstorff, dürfe nicht der Eindruck entstehen, die SPD lasse sich aus purer Machtgier auf die SED-Nachfolger ein. Die Genossen vor Ort müßten deutlich machen, daß sie gute Gründe haben, die Koalition zu kündigen.

Aussteigen könnten die Sozis mit hin nur, wenn sich die CDU beim Publikum eindeutig als ein Partner entlarve, der „in schwerer Zeit mutwillig eine Koalition zerstört“. Ein Wechsel müsse, so Müntefering, als ein „Akt der Normalität“ verstanden werden, von Menschen, die jetzt „andere Sorgen haben als einen solchen von der CDU inszenierten Pipifax zu diskutieren“.

Früher war es vor allem der brandenburgische SPD-Regent Manfred Stolpe, der seiner Partei riet, offener gegenüber der PDS zu sein und so deren Wählerschaft zur SPD zu locken. Stolpe fand in der SPD-Spitze damals nur Unterstützung bei den Kollegen Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder.

Noch im Wahljahr 1994 sperrte der damalige Parteivorsitzende Rudolf Scharping per „Dresdner Erklärung“ die PDS aus: „Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage.“ Auch die auf PDS-Duldung angewiesene rot-grüne Koalition in Sachsen-Anhalt unter SPD-Ministerpräsident Reinhard Höppner ging ihm gegen den Strich.

Scharping war der Meinung, die Bundespartei könne im Westen eine Landeskoalition mit den SED-Nachfolgern nicht aushalten. Und dieser Meinung ist er auch jetzt noch.

Doch der neue Parteichef Lafontaine hat den „Ausgrenzungskurs“ für beendet erklärt. Inhaltliche Auseinandersetzung ja, ansonsten „fairer demokratischer Umgang“ ist seit November vorigen Jahres die Marschroute.

Auch traditionsbewußte Westgenossen wie Müntefering und dessen nordrhein-westfälischer Vorstandskollege Wolfgang Clement sehen die Sache nicht mehr so eng. Clement rät zu mehr „Gelassenheit“, um in den „PDS-Bereich eindringen zu können“.

Aber Vorsicht: Zum Vorbild Sachsen-Anhalt gebe es einen wichtigen Unterschied, mahnte am vorigen Freitag Lafontaine bei einem Besuch in Schwerin die Genossen vor Ort. CDU-Seite, nicht SPD-Ringstorff habe die stärkste Partei hinter sich. SPD-Höppner stütze sich hingegen in Sachsen-Anhalt auch ohne die PDS auf eine rot-grüne Überzahl im Vergleich zur Union. Taktisch geschickt forderte Lafontaine die CDU vor der Presse auf, das Bündnis mit den Sozialdemokraten fortzusetzen.

Doch trotz aller öffentlichen Bekundungen locken die SPD-Spitze auch die politischen Vorteile eines Schweriner Machtwechsels. Im Bundesrat ließe sich so ein Gegengewicht schaffen, falls die FDP als Koalitionspartner der SPD in Mainz demnächst durch eine härtere Koalitionsklausel rheinland-pfälzische Voten gegen die Bonner Koalition ausschließen will.

Und vor einer Rote-Socken-Kampagne, mit der einst die Union auf das Bündnis von Magdeburg reagierte, hat der SPD-Chef diesmal keine Angst. In den nächsten eineinhalb Jahren stehen keine Landtagswahlen an. Und die Vergeblichkeit der Wähler ist groß: „Wer spricht denn heute noch von Sachsen-Anhalt?“ fragt Lafontaine.